
1. Satzung / Ordnung	:	Satzung über die Bildung, die Zusammensetzung und die Aufgaben eines Ausländerbeirates in der Stadt Butzbach
2. In der Fassung vom	:	5. Juli 1990
3. Zuletzt geändert am	:	
Bekanntgemacht am	:	13. Juli 1990

Aufgrund der §§ 5, 50 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25.2.1952 (GVBl. S. 11) in der Fassung vom 1.4.1981 (GVBl. S. 66) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Butzbach in ihrer Sitzung am 5. Juli 1990 die nachstehende Satzung beschlossen:

Präambel

Die Stadt Butzbach bekennt sich zur Integration ihrer ausländischen Mitbürger/innen die städtische Gemeinschaft und somit auch in die politische Wissensbildung. Ziel bleibt es daher, allen unter gleichen Voraussetzungen die aktive Teilnahme am politischen Geschehen des demokratischen Gemeinwesens zu ermöglichen. Deshalb sollen die ausländischen Mitbürger/innen im Rahmen der derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten durch einen von ihnen demokratisch bestimmten Ausländerbeirat mitwirken und Verantwortung in der Gemeinschaft übernehmen.

§ 1 - Bildung des Ausländerbeirates

Im Interesse guter Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den in der Stadt Butzbach lebenden Ausländern und zur Beteiligung der Ausländer am kommunalen Geschehen wird ein Ausländerbeirat gebildet.

§ 2 - Aufgaben des Ausländerbeirates

Aufgaben des Ausländerbeirates sind insbesondere:

- (1) Die Interessen der ausländischen Einwohner gegenüber den städtischen Körperschaften zu vertreten und diese Organe in Fragen, die die ausländischen Einwohner allgemein betreffen, durch Anregungen, Stellungnahmen und Empfehlungen zu informieren und zu beraten.
- (2) Zur Pflege der Verbindung und Verständigung zwischen den deutschen und ausländischen Einwohnern der Stadt Butzbach beizutragen.
- (3) In Zusammenarbeit mit den städtischen Körperschaften die Informations-, Beratungs- und Kulturarbeit für die ausländischen Einwohner zu fördern und durchzuführen.
- (4) Im Ausländerbeirat sollen die politischen und wirtschaftlichen Probleme der Heimatländer oder sonstiger Drittländer nicht behandelt werden.

§ 3 - Rechte und Pflichten

- (1) Der Ausländerbeirat ist in allen Angelegenheiten, die die ausländischen Einwohner betreffen und in den Zuständigkeitsbereich der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt fallen, von den entsprechenden Gremien der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig nach folgenden Bestimmungen einzuschalten.
- (2) Alle zur Beratung in öffentlichen Sitzungen vorgesehenen Drucksachen, die die Angelegenheiten der ausländischen Mitbürger/innen betreffen, werden dem Ausländerbeirat durch den/die Stadtverordnetenvorsteher/in übersandt.
- (3) Der Ausländerbeirat hat das Recht auf Stellungnahme zu den in Absatz 1 genannten Fragen. Er soll sich auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung zu diesen Punkten äußern. Die Stellungnahmen des Ausländerbeirates werden der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich zugeleitet.
Die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung sind gehalten, den/die Vertreter(n)/innen des Ausländerbeirates bei den entsprechenden Beratungen weitestgehende Beteiligungsmöglichkeiten zu gewähren. Die Vertreter/innen des Ausländerbeirates gelten insofern als dem im § 62 Abs. 6 HGO genannten Personenkreis angehörig.

(4) Der Ausländerbeirat hat das Recht, Anfragen an den Magistrat zu stellen. Dieser ist gehalten, die Anfragen in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen zu beantworten.

(5) Der Ausländerbeirat ist berechtigt, für einzelne sach- und fachbezogene Projekte Arbeitskreise zu bilden. In den Arbeitskreisen können neben den ausländischen auch deutsche Mitbürger/innen mitarbeiten. Entscheidungsgremium für Vorschläge und Anregungen im Rahmen seiner Aufgaben und Rechte bleibt jedoch immer der Ausländerbeirat.

§ 4 - Mitgliedschaft

(1) Der Ausländerbeirat besteht aus 11 gewählten stimmberechtigten ausländischen Mitgliedern und Mitgliedern mit beratender Stimme.

(2) Als Mitglieder mit beratender Stimme entsendet der Magistrat und jede in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Fraktion je eine(n) Vertreter/in.

(3) Bei Bedarf können sachkundige Vertreter/innen öffentlicher Organisationen als Mitglied mit beratender Stimme zugezogen werden.

§ 5 - Wahlen zum Ausländerbeirat

(1) Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausländerbeirates werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

(2) Die Wahl wird vom Magistrat der Stadt Butzbach vorbereitet und durchgeführt. Das Wahlverfahren richtet sich nach den Regelungen des kommunalen Wahlgesetzes. Es können sowohl nationale als auch internationale besetzte Listen eingereicht werden.

Zum Wahlverfahren erläßt der Magistrat eine Wahlordnung im Benehmen mit den Vertreter(n)/innen des Arbeitskreises für Ausländerfragen. Die Wahlzeit beträgt vier Jahre; sie endet zum Zeitpunkt der Konstituierung des neugewählten Ausländerbeirates.

§ 6 - Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt ist jede(r) ausländische Einwohner/in der Stadt Butzbach, der/die mit seinem/ihrer Hauptwohnsitz und seiner/ihrer Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung am Wahltage mindestens drei Monate in Butzbach ununterbrochen gemeldet ist und am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Wählbar ist jede(r) ausländische Wahlberechtigte, der/die seit mindestens sechs Monaten vor der Wahl mit seinem/ihrer Hauptwohnsitz mit Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung in Butzbach gemeldet ist, am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet und sich schriftlich bereiterklärt hat, für den Fall seiner/ihrer Wahl in diesem Ausländerbeirat mitzuarbeiten.

(3) Hauptberufliche bzw. auf Honorarbasis in der Sozialbetreuung der Ausländer bei den Betreuungsverbänden tätige Personen können nicht in den Ausländerbeirat gewählt werden. Ansonsten gelten die in § 37 HGO genannten Ausschließungsgründe entsprechend.

§ 7 - Vorsitz und Geschäftsgang

(1) Der Ausländerbeirat wählt aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder mit einfacher Mehrheit eine(n) Vorsitzende(n) und dessen/deren Stellvertreter/in und eine(n) Schriftführer/in.

(2) Der/die Vorsitzende beruft nach Bedarf oder auf Antrag eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder, mindestens aber zweimal jährlich den Ausländerbeirat zu Sitzungen ein. Die erste Sitzung wird von dem/der Bürgermeister/in einberufen.

(3) Sitzungen des Ausländerbeirates sind in der Regel nach 18 Uhr anzuberaumen.

(4) Soweit in dieser Satzung nichts andere bestimmt ist, gilt für den Ausländerbeirat die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung in ihrer jeweiligen Fassung entsprechend. Änderungen bleiben dem Ausländerbeirat unbenommen.

(5) Die Sitzungssprache ist deutsch.

§ 8 - Geschäftsstelle, Haushaltsmittel

(1) Die Geschäftsführung für den Ausländerbeirat regelt der Magistrat. Die Sach- und Personalkosten der Geschäftsführung werden von der Stadt Butzbach getragen.

(2) Die Mitglieder des Ausländerbeirates erhalten von der Stadt Butzbach für die Teilnahme an Sitzungen des Ausländerbeirates Ersatz des Verdienstausfalles nach den Bestimmungen der Entschädigungssatzung der Stadt Butzbach in der jeweils gültigen Fassung.

§ 9 Aufwandsentschädigung

Die Mitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung entsprechend den Bestimmungen der Entschädigungssatzung der Stadt Butzbach in der jeweils gültigen Fassung.

§ 10 - Übergangsbestimmungen

(1) Diese Satzung hat vorläufigen Charakter. Der erstmals nach diesen Bestimmungen gewählte Ausländerbeirat soll hierüber beraten und Änderungswünsche dem Magistrat bzw. der Stadtverordnetenversammlung unterbreiten.

(2) Die Wahlperiode des erstmals nach dieser Sitzung gewählten Ausländerbeirates kann verkürzt werden, um eine Abstimmung der Wahlzeiten mit denen der Stadtverordnetenversammlung oder anderen gewählten Ausländerbeiräten innerhalb des Landes Hessen zu erreichen.

§ 11 - Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.